



Gebietsreform stärkt die Selbstverwaltung

Frank Kuschel: Gestaltungsmöglichkeit der Kreistage ist auf ein Minimum reduziert

Entgegen manchen Behauptungen auch am 10. November wieder in der Landtagsdebatte zur Regierungserklärung von Innenminister Dr. Holger Poppenhäger zur Kreisgebietsreform „wird die von Rot-Rot-Grün auf den Weg gebrachte Verwaltungs- und Gebietsreform die kommunale Selbstverwaltung auch in den Landkreisen stärken“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion Frank Kuschel.

Fakt sei, dass die kommunale Selbstverwaltung in den Thüringer Landkreisen nur eingeschränkt wirke. Die Ursachen habe die CDU bereits 1994 geschaffen und über 20 Jahre verschärft.

Die CDU hat die so genannte Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion der Landkreise, mit der sie die unterschiedliche Leistungskraft der kreisangehörigen Gemeinden ausgleichen oder anstelle der Gemeinden kommunale Aufgaben wahrnehmen konnten, aus der Kommunalverfassung gestrichen. Damit durften die Landkreise freiwillige Leistungen, die den Kern der Selbstverwaltung ausmachen, nur im Ausnahmefall erbringen.

„Seit 1994 sind die Landkreise letztlich nur noch eine Verwaltungsebene mit kaum wahrnehmbarem eigenem Entscheidungsermessen. Der Umfang der freiwilligen Leistungen liegt noch bei ein Prozent der Landkreisaufgaben. Die Landkreise haben keine eigenen

Steuereinnahmen. Rund 60 Prozent der Landkreisgelder sind Landeszuweisungen. Die kreisangehörigen Gemeinden müssen über die Kreisumlage etwa ein Drittel der Landkreisausgaben finanzieren“, argumentierte der Kommunalexperte.

Die übrigen Landkreisgelder seien Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, wie Gebühren, Entgelte, Mieteinnahmen und Ähnliches. Kreisliche Investitionen seien ebenfalls komplett fremdfinanziert über Fördermittel oder durch die Gemeinden. Wenn daher von der Leistungskraft der Landkreise die Rede sei, müsste das ausschließlich auf die kreisangehörigen Gemeinden bezogen werden.

Erledigung von Landesaufgaben durch die Landkreise ist „ineffizient und zu teuer“

„Die Gestaltungsmöglichkeit der Kreistage ist auf ein Minimum reduziert, da die CDU bis 2014 nahezu alle Landkreisaufgaben dem sogenannten übertragene Wirkungsbereich zugeordnet hat. Für diese Aufgaben, die 85 Prozent aller Kreisaufgaben umfassen, sind nur die Landräte zuständig, nicht aber die Kreistage. Diese haben nicht einmal ein Informationsrecht. 60 Prozent der Kreisaufgaben betreffen Leistungsgesetze im Sozial- und Jugendhilfebereich, für die die Landkreise kaum Steuerungsmöglichkeiten haben“, kritisierte der Abgeordnete. Die Erledigung von Landesaufgaben durch

die Landkreise ist derzeit ineffizient und damit zu teuer, was Untersuchungen des Landesrechnungshofes ergeben hatten. Solche Aufgaben, wie die Abfallwirtschaft, der Öffentliche Nahverkehr oder die Krankenhäuser, wurden fast vollständig privatisiert oder in Zweckverbände ausgelagert.

„Ebenfalls sehr überschaubar und eigentlich nur formal ist die Einflussnahme der Landkreise auf die Sparkassen. Die Sparkassengremien müssen im harten Wettbewerb kundenorientiert arbeiten. Politische Wünsche der Kreistage spielen da kaum eine Rolle. Zudem sind die Landkreise kaum am wirtschaftlichen Erfolg der Sparkassen beteiligt. Nur im Ausnahmefall werden Gewinnanteile der Sparkassen an die Landkreise ausgezahlt“, gab Frank Kuschel zu bedenken.

In seiner Regierungserklärung hatte der Thüringer Innenminister angekündigt, dass er im Frühjahr 2017 das Gesetz zur Kreisgebietsreform in Thüringen vorlegen wird. Er verstehe den veröffentlichten Vorschlag, dass die Zahl der derzeit 17 Kreise auf acht und die der kreisfreien Städte von sechs auf zwei verringert werden soll, als Grundlage für eine breite Diskussion in den nächsten Monaten. Dabei sei die Landesregierung offen für weitere Vorschläge.

Wie der Minister weiter ankündigte, soll die Kreisgebietsreform ab dem Jahr 2018 gelten - entweder ab Januar oder ab Juli.

KOMMENTIERT:

von Torsten Wolf

Licht und Schatten

Der vom Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) veröffentlichte Ländervergleich der Sprachkompetenz von Schülern der 9. Klassen enthält viel Licht und auch Schatten. Im Fach Deutsch liegen die Thüringer Schüler in den Kompetenzbereichen Zuhören, Orthografie und Lesen über dem Bundesdurchschnitt. Überdurchschnittlich viele übertreffen den ermittelten Regelstandard. Leider haben wir aber im Fach Deutsch in diesen Kompetenzbereichen in der Entwicklung 2009 bis 2015 nahezu viele Schüler, die den Mindeststandard nicht erreichen. Ein Befund, der zu diskutieren sein wird, ebenso wie die unterdurchschnittlichen Ergebnisse im Fach Englisch beim Lese- und Hörverstehen.

Dass in Thüringen die soziale Herkunft nicht in dem Maße die erreichten Ergebnisse bestimmt wie in anderen Bundesländern kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „Koppelung zwischen der sozialen Herkunft und den Kompetenzen der Jugendlichen (...) auch im IQB-Bildungstrend substantiell“ ist, wie die Autoren feststellen. Zudem beleuchtet die Studie exemplarisch das Erreichte wie die Herausforderungen für das Thüringer Bildungssystem. Fachunterricht, geringer Unterrichtsausfall, motivierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer und individuelle Förderung sind die Grundlagen der Kompetenzentwicklung bei Schülerinnen und Schülern, die ihnen den Weg ins Leben ebnet.

Leider müssen wir feststellen, dass in den letzten Jahren gerade beim Thema Absicherung des Fachunterrichts und Unterrichtsausfall die Thüringer Schulen größere Probleme durch Erkrankungen, Schwangerschaften und zusätzliche Aufgaben hatten. Unsere Fraktion wird die Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/19 nutzen, um mit deutlich mehr Neueinstellungen von 1.000 Lehrern pro Jahr den Fachunterricht besser abzudecken und durch den weiteren Aufbau einer Vertretungsreserve die Unterrichtsabsicherung gewährleisten zu können. Hier hat das Bildungsministerium unsere volle Unterstützung. Wir sehen mit dem Kompromiss beim Länderfinanzvergleich auch genügend Spielraum, solide Haushaltspolitik mit guter Bildungspolitik zu verbinden. Darauf können sich die Menschen in Thüringen verlassen.

AKTUELL

Vorstandssitzung der Linksfraktion des EU-Parlaments

Der Vorstand der Linksfraktion des Europaparlaments (GUE/NGL) kommt vom 17. bis 18. November zu Beratungen nach Thüringen. Die Europaabgeordneten aus 14 EU-Staaten werden mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, Landtagsabgeordneten und Experten u.a. über Erfahrungen und Herausforderungen linker Regierungsbeteiligung und die Integration von Migrantinnen und Migranten diskutieren.

Die Diskussionsrunden, die am Donnerstag, den 17. November, vorgesehen sind, finden im Plenarsaal des Thüringer Landtags statt. Nach der Eröffnung um 09.00 durch Gabi Zimmer, Präsidentin der Linksfraktion GUE/NGL, beginnt die Debatte über linke Regierungsbeteiligung mit

Bodo Ramelow und Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Für 15 Uhr ist die Diskussionsrunde zum Umgang der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit Flucht, Migration und Asyl vorgesehen.

Besondere Aufmerksamkeit hat die für 18 Uhr anberaumte öffentliche Podiumsdiskussion verdient. Gemeinsam mit spanischen und portugiesischen Europaabgeordneten geht es dabei um aktuelle Herausforderungen für die Linke in Spanien und Portugal. Im Podium: Tania González, Podemos, Spanien, Angela Vallina, Izquierda Unida, Spanien, Marisa Matias, Bloco, Portugal, und João Ferreira, PCP, Portugal

Am Freitag, 18. November, besuchen die EU-Abgeordneten die Gedenkstätte Buchenwald und gedenken

der Opfer des Nationalsozialismus. Anschließend findet eine Debatte mit Wissenschaftlern über das „Europäische Erbe Buchenwalds und den heutigen Kampf gegen die extreme Rechte“ statt, an der auch die Abgeordnete der Thüringer Linksfraktion, Katharina König, teilnimmt.

Die Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament (deutsch: Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) besteht aus 52 Abgeordneten, aus 19 Delegationen und Unabhängigen aus 14 EU-Mitgliedstaaten. Vorsitzende ist seit 2012 die ehemalige Thüringer Landtagsabgeordnete Gabi Zimmer (DIE LINKE). Die größten Delegationen sind DIE LINKE aus Deutschland, Podemos und Izquierda Plural aus Spanien, die griechische SYRIZA und die irische Sinn Féin.

KURZ UND PRÄGNANT

Weg frei zur Erhöhung des Blindengeldes

„Die Fraktionen der rot-rot-grünen Koalition im Thüringer Landtag haben am 9. November den Weg für die Erhöhung des Landesblindengeldes und Einführung eines Taubblindengeldes frei gemacht und setzen damit ein wichtiges Anliegen aus dem Koalitionsvertrag um. Betroffene erhalten es rückwirkend zum 1. Juli 2016. Thüringen ist vom Schlusslicht zu einem Bundesland im Mittelfeld des Ländervergleichs geworden“, sagte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Das Blindengeld wird stufenweise um 130 Euro auf 400 Euro bis zum 1. Juli 2018 erhöht. Auch ein monatlicher Nachteilsausgleich in Höhe von 100 Euro für taubblinde Menschen wird eingeführt. Die Abgeordnete erneuerte ihre Forderung nach einem Nachteilsausgleich für gehörlose Menschen: „Es darf keine Ungleichbehandlung zwischen den einzelnen Betroffenenengruppen geben. Auch Gehörlose haben ein Recht auf diese Nachteilsausgleiche. Dies fordern seit Jahren auch Behindertenverbände bzw. -gremien und Selbstvertretungen der Betroffenen. Diese Forderungen sind nach wie vor voll und ganz berechtigt.“

Arbeitsklausur der Linksfraktion

Im Rahmen einer Arbeitsklausur haben sich die Abgeordneten und MitarbeiterInnen der Linksfraktion im Thüringer Landtag am 14. November gemeinsam mit den LINKEN VertreterInnen der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag verständigt und die nächsten Schritte mit Blick auch bereits auf den Doppelhaushalt 2018/19 beraten.

Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Heike Werner, hatte dabei solche Projekte und Vorhaben benannt, wie Sozialzentren, Seniorengenossenschaften oder Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit. Der soziale Wohnungsbau, das Schulbauinvestitionsprogramm oder „Thüringen-Takt“, die Vernetzung im ÖPNV, wurden von Birgit Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, hervorgehoben. Dr. Birgit Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, verwies auf die Umsetzung des angekündigten beitragsfreien Kindertagesstättenjahres sowie weitere notwendige Aspekte der Kita-Finanzierung. Ein wichtiger Schwerpunkt wird hier auch das neue Schulgesetz sein.

Beraten wurde zudem u.a. auch über die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst.

Sozialgarantie gegen soziale Ungleichheit

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thüringen-Monitor 2016

Der Thüringen-Monitor 2016, der unter der Titel steht „Gemischte Gefühle: Thüringen im Zeichen der ‚Flüchtlingskrise‘“, wurde am 11. November im Thüringer Landtag zusammen mit einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow debattiert.

„Womit wir konfrontiert sind, ist ein merkwürdiges Auseinanderklaffen der politischen Wahrnehmung der Landesentwicklung. In Thüringen verbindet Menschen, denen es wirtschaftlich und finanziell gut bis sehr gut geht, mit denen, die von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgekoppelt sind, die Überzeugung, dass viele Ostdeutsche in den vergangenen 25 Jahren auf der gesellschaftlichen Verliererseite standen“, hatte Bodo Ramelow betont und für das Leitbild der sozialen Integration geworden.

Diesen Aspekt unterstrich auch die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, in ihrer Rede: „Eine Sozialgarantie ist notwendig gegen die soziale Ungleichheit und die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Rot-Rot-Grün in Thüringen steht mit seinem Handeln für mehr soziale Gerechtigkeit und die Gestaltung des demokratischen und ökologischen

Wandels. Wir ziehen uns nicht zurück vor den Problemen, sondern stellen uns ihnen.“

(Weitere Auszüge aus der Rede der Fraktionsvorsitzenden auf Seite 9)

Bodo Ramelow: „Es gibt keine Weltoffenheit ohne soziale Sicherheit“

„Wenn 61 Prozent der Befragten im aktuellen Thüringen-Monitor der Ansicht sind, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland gefährdet ist, dann ist diese Wahrnehmung ein Problem, auf das politisch reagiert werden muss. Und wenn wir den Prozess des Verlusts von sozialen Grundgewissheiten nicht aufhalten und umkehren, dann ignorieren wir eines der großen kommenden Entwicklungshemmnisse für dieses Land. Es gibt keine Weltoffenheit ohne soziale Sicherheit“, hatte Bodo Ramelow in seiner Regierungserklärung betont.

Den Bevölkerungsrückgang bezeichnete er als „Achillesverse unserer Landesentwicklung“ und er sagte: „Wo keine Menschen sind, ist auch keine Arbeit, wo keine Arbeit ist, ist auch kein Wohlstand. Um unseren Wohlstand zu halten, brauchen wir, braucht die Thüringer Wirtschaft in den näch-

sten Jahren jedenfalls statistisch 280.000 Fachkräfte. Viele Menschen treten in den nächsten Jahren in ihren wohlverdienten Ruhestand. Auf zwei Renteneintritte kommt potentiell nur ein Schulabgänger. Den entstehenden Bedarf kann das Land damit nicht ausreichend aus dem eigenen Nachwuchs decken, vor allem nicht in Konkurrenz zu anderen Regionen mit ähnlichen Problemen. Diesen Bedarf kann auch keine Flüchtlingswelle decken, so naiv wird niemand sein. Diesen Bedarf können wir nur dann decken, wenn es dauerhaft Zuwanderung nach Thüringen gibt. Thüringen muss sich als Zuwanderungsland begreifen, um zukunftsfähig zu werden.“

In diesem Zusammenhang sagte Bodo Ramelow weiter: „Politik in demokratischer Verantwortung für die Zukunft Thüringens muss sich der Aufgabe stellen, um demokratische Mehrheiten für einen Kurs der modernen Zuwanderungspolitik zu werben, mit allen ökonomischen, kulturellen und sozialen Konsequenzen, die das mit sich bringt.“

Die vollständige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Internet unter:

www.thueringen.de/mam/th1/tsk/re_mp_thuringen-monitor.pdf

Fraktionsflure geöffnet für Ausstellung der Ahmadiyya-Gemeinde

Zwei Wochen lang war die Ausstellung „Eine Reise durch die islamische Zeit“ der Ahmadiyya-Gemeinde in den Fluren der Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag zu sehen. In seinem Grußwort zur Eröffnung am 2. November hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow vor dem Hintergrund der Trennung von Staat und Kirche auf die Religionsfreiheit verwiesen und dass „jeder friedlich seinen Glauben leben können muss“.

„Miteinander statt übereinander“ zu reden und den „interreligiösen Frieden in der Gesellschaft“ zu fördern, dies unterstrichen auch die Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde mit ihrem Bundesvorsitzenden Abdullah Uwe Wagishauser. Sie ist die älteste islamische Gemeinde, die in Deutschland organisiert ist, und hat etwa 25.000 Mitglieder. Seit drei Jahren gehört sie der deutschen Islamkonferenz an.

Für die Vielfalt des Islam das Verständnis zu vertiefen, so Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, „ist gerade heute ein wichtiger Baustein, um Vorurteilen und Vorverurteilungen entgegenzutreten zu können. Insofern kann die Ausstellung einen Beitrag leisten für Offenheit, Toleranz und Respekt in Glaubensfragen“.

Die SPD-Abgeordnete Diana Lehmann sagte: „In der Geschichte der Religionen gab es viele fundamentalistische Verirrungen. Auch die christliche



Religion schreibt Kapitel solch düsterer Geschichte. Doch die Geschichte, nehmen wir beispielsweise die Entwicklung der Ökumene in Deutschland, zeigt auch, dass religiöse Vielfalt zusammen gelebt werden kann. Der freiheitliche demokratische Staat hat heute zu gewährleisten, dass mehrere Religionen nebeneinander existieren können und miteinander diskutieren können. Als Abgeordnete müssen auch wir dafür Sorge tragen. Deshalb freuen wir uns ganz besonders, Menschen in unsere Fraktionsflure einzuladen und mit ihnen über den Islam ins Gespräch zu kommen.“ Es gelte, das Trennende zu überwinden, aber eben auch das Unterschiedliche achten zu lernen.

Die religionspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Thüringer Landtag Astrid Rothe-Beinlich erklärte: „In Zeiten, in denen viel über die Grundsätze des Islams diskutiert wird und dabei aber auch immer wieder Unkenntnis und Vorurteile zutage treten, halten wir es für wichtig, echten Austausch zu fördern. Die Religionsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Verfassung, den es aber immer wieder neu zu vermitteln und mit Leben zu füllen gilt. Wir freuen uns daher über die spannenden Einblicke der Ausstellung und laden alle Bürgerinnen und Bürger herzlich in den Landtag ein, um sich zu informieren und in einen interreligiösen Dialog zu treten.“

Das neue Vergaberecht

Fachkonferenz „Die Thüringer Vergabepaxis gestalten - sozial, ökologisch, innovativ“

Jedes Jahr vergibt die öffentliche Hand in Deutschland Aufträge in einer Gesamthöhe von ca. 400 Milliarden Euro an die Privatwirtschaft. Dazu gehören öffentliche Investitionen in Straßen, Schienen und Schulen ebenso wie Dienstbekleidung oder Computer-Hardware in der Verwaltung. 400 Milliarden Euro von Bund, Ländern und Kommunen – das sind immerhin 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts! Grund genug, darüber zu diskutieren, welche Lenkungswirkung der Staat beim Einsatz der Mittel entfalten sollte und wie sichergestellt werden kann, dass kleine und mittlere Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe hiervon besser profitieren können.

Auch in Thüringen steht das Vergabegesetz vor einer Überarbeitung. Im Koalitionsvertrag hatte sich Rot-Rot-Grün verständigt, dieses zu einem Tarifreue- und Vergabegesetz weiterzuentwickeln und die positiven Entwicklungen auf EU-Ebene nachzuvollziehen. Denn 2014 hatte sich die EU, die mit Richtlinien den Rahmen für alle Vergaben im gemeinsamen Binnenmarkt absteckt, klar dazu bekannt, dass künftig soziale und ökologische Kriterien sowie innovative Verfahren bei Vergaben verstärkt Anwendung finden sollen. Zudem hatte der Europäische Gerichtshof am Beispiel von Rheinland-Pfalz 2015 entschieden, dass ein vergabespezifischer Mindestlohn auch im Rahmen des EU-Rechts möglich ist.

Im ersten Halbjahr 2017 soll das neue Vergabegesetz für Thüringen geschrieben werden. Während noch die Evaluierung des alten Gesetzes läuft, hat sich die LINKE-Landtagsfraktion bereits ausgiebig mit dem Themenfeld befasst und u.a. Kriterien für ein neues Vergabegesetz erarbeitet: Zehn Euro Mindestlohn, klare Stärkung sozialer und ökologischer Vergabekriterien, Erhöhung der Transparenz von Vergabeentscheidungen, vereinfachte und verbesserte Kontrollmöglichkeiten bei Ver-

stößen gegen das Gesetz oder die flächendeckende Einführung von Präqualifizierungsverfahren, um die bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu begrenzen.

Doch einen solchen Vorschlag am „grünen Tisch“ zu entwickeln, wirft die Frage nach der Praxistauglichkeit auf. Deshalb lud die Linksfraktion zusammen mit dem Europabüro von Gabi Zimmer am 4. November zu einer Fachkonferenz nach Eisenach ein, um mit Fachleuten von Wirtschaft und Gewerkschaften, Juristen sowie NGO-Vertreterinnen nach Wegen für ein sozial-ökologisch fortschrittliches und trotzdem möglichst bürokratiearmes Vergabegesetz zu suchen.



Wenig überraschend lagen die Positionen bei einigen der Anwesenden ziemlich weit auseinander. So hinterfragte etwa der Verband der Wirtschaft Thüringens, ob Thüringen überhaupt ein eigenes Vergabegesetz bräuchte und sich nicht nach den Regelungen des Bundes richten könnte. Aus Sicht der anderen Anwesenden sprach jedoch so manche Regelungslücke im Bundesrecht gegen diesen Weg, da dieser sinnvollerweise durch landesrechtliche Regelungen bestimmt werden sollte. Einigkeit herrschte hingegen, dass soziale und ökologische Kriterien per se kein Problem darstellen und auch spätestens seit der neuen EU-Regelung nicht als vergabefremd gelten. Wichtig sei es jedoch, dass Verfahren gefunden werden, die die bürokratischen Lasten so-

weit minimieren, dass auch kleine und mittlere Unternehmen – immerhin 95 Prozent aller Betriebe in Thüringen – wieder verstärkt von den Aufträgen der öffentlichen Hand profitieren können.

Hier rückten nun insbesondere zwei Themen in den Mittelpunkt: die ab 2018 anlaufenden verpflichtenden elektronischen Vergabeverfahren, die bestenfalls die Antragsstellung deutlich vereinfachen, und die bereits erwähnten Präqualifizierungsverfahren. Dahinter verbirgt sich die Idee, dass ein Unternehmen einmalig notwendige Unterlagen vorlegt, um für einen bestimmten Zeitraum nur noch ein erteiltes Zertifikat, das die vorhandenen Kriterien bestätigt, einreichen zu müssen. Dies er-

spart es den Unternehmen, für jeden Antrag erneut alle Unterlagen vorhalten zu müssen. Einen gewichtigen Hinweis gab es zur Mindestlohngrenze: Statt auf einen bestimmten Zahlenwert zu fixieren, sollte sich der Vergabe-Mindestlohn an der untersten Lohngruppe des öffentlichen Dienstes orientieren, denn wenn es keine Vergabe an Private gäbe, müsste schließlich ein Bediensteter des Freistaates Thüringen die Aufgabe erfüllen. Zudem steigt damit der Mindestlohn automatisch mit den Tarifabschlüssen der öffentlichen Hand. Das – aus LINKER Sicht – Charmante daran: Mit dieser Regelung wären die zehn Euro Mindestlohn schon bald in Thüringen bei Aufträgen von Land und Kommunen Realität.

Thomas Völker

Foto: Michael Bicker

VON A BIS Z:

Sakralbauten

Im Juni hat ein Bürger eine Petition mit dem Titel „Regelung religiöser und kultureller Konflikte und Gefahren bei Sakralbauten“ an den Thüringer Landtag gerichtet. „Anders als die AfD jetzt behauptet, wendet sich die Petition nicht ausschließlich gegen die Errichtung einer Moschee durch die muslimische Ahmadiyya in Erfurt Marbach. Zwar spricht der Petent dieses Bauvorhaben in seiner Begründung an, aber seine eigentliche Frage richtet sich an eine mögliche Änderung der Thüringer Bauordnung. Er will erreichen, dass es auf Grund der religiösen Nutzung von Gebäuden nicht zu Konkurrenzverhältnissen zwischen unterschiedlichen Glaubensrichtungen kommt. Damit wird es Aufgabe sein, über Sakralbauten aller Religionen zu beraten“, so Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen der Linksfraktion. Die Petition wurde von mehr als 5.000 Bürgern unterschrieben. Daher findet dazu eine öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses am 24. Januar 2017 statt.

„Während die AfD nur auf eine Verhinderung des Baus einer Moschee in Erfurt abzielt und erneut ihre Islamfeindlichkeit und die Diskriminierung von Menschen anderer Religionszugehörigkeiten unter Beweis stellt, ist es Aufgabe der Anhörung, eine klare Debatte über Fragen zu Sakralbauten im Allgemeinen zu führen. Der Petitionsausschuss wird diese Anhörung genauso sachlich behandeln wie alle anderen auch“, betont die Abgeordnete.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags für dieses Jahr sind anberaumt von Mittwoch, den 7. Dezember, bis Freitag, den 9. Dezember.

Energiekonferenz:

Zur 2. Meininger Energiekonferenz lädt die Linksfraktion am Sonnabend, den 10. Dezember, 10 bis 16 Uhr, in das Berufs- und Technologiezentrum Rohr-Kloster (BTZ) ein. Dabei geht es u.a. darum, wie Industrie, Handwerk und Politik gemeinsam die Energiewende gestalten wie sich die Zukunft des Wärmemarktes mit erneuerbaren Energien entwickeln wird.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Teilhabegesetz

Die Linksfraktion hat mit ihrer Aktuellen Stunde am 9. November im Landtag zum Bundesteilhabegesetz die Forderungen der Landesregierung im Bundesrat auf Nachbesserungen des Gesetzentwurfes und damit für die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung im Sinne einer möglichst selbstbestimmten Lebensführung unterstützt. „Das Gesetz zielt in erster Linie auf Kostenbegrenzung ab und nicht darauf, Menschen mit Behinderungen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen; es wird den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gerecht“, kritisierte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin, die geplanten Regelungen.

Trassenplanung

Strom-Korridore von Itzehoe (Niedersachsen) nach Grafenrheinfeld (Bayern) und Großgertach (Baden-Württemberg) und von Wolmirstedt (Sachsen-Anhalt) nach Isar (Bayern) sollen als Erdverkabelung durch Thüringen geführt werden - durch den Hainich, die Rhön und den Thüringer Wald bei Eisenach sowie durch Ostthüringen. Als „unzumutbar“ bezeichnet Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion, diese Ideen. Es gehe nur darum, Strom von Norwegen und Schweden in die Schweiz und nach Österreich zu transportieren. „Die Verbraucher hierzulande sollen dafür bezahlen. Wenn hier europäische Trassen gebaut werden, dann sollen diese auch europäisch finanziert werden.“

IHK-Prüfung

Die Industrie- und Handelskammer Erfurt holte sich mit ihrer Klage gegen die ange kündigte Prüfung durch den Landesrechnungshof „eine heftige Ohrfeige“ beim Verwaltungsgericht Weimar ab. „Die Verzögerungstaktik der IHK Erfurt und Suhl beschäftigt nur unnötigerweise die Gerichte, denn in allen Präzedenzfällen haben die klagenden Kammern vor Gericht verloren und sich der Prüfung am Ende fügen müssen“, so MdL Knut Korschewsky, der den Grundsatz der Transparenz für alle mit hoheitlichen Rechten betrauten Organisationen und Strukturen betont. Die Kammern sind Anstalten öffentlichen Rechts. Unternehmen sind dort zwangsweise Mitglieder und haben Beiträge zu entrichten.

KURZ UND PRÄGNANT

Für Luther-Ausstellung in der Engelsburg



Mit einer Spende unterstützt die Alternative 54, der Verein der LINKE-Landtagsabgeordneten, die Fotoausstellung „Martin Luther – Stationen“ von Hannah Franke, die der Erfurter Förderverein Humanistenstätte Engelsburg e.V. zeigt. Bei einem Besuch der Ausstellung stellte der Vereinsvorsitzende Ralf-Dieter May das Projekt dem Landtagsabgeordneten Ronald Hande vor. Die Fotos zeigen verschiedene Stationen von Martin Luther in Erfurt und unterstreichen damit das Wirken des Reformators in der Stadt. Die Ausstellung wird kontinuierlich erweitert und kann noch während des gesamten Reformationsjahrs 2016/2017 besucht werden. Der Förderverein Humanistenstätte hat sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur die Bausubstanz der fast 900 Jahre alten Engelsburg zu erhalten, sondern auch deren Bedeutung als wichtigen Treffpunkt und Diskussionsort vieler einflussreicher Humanisten herauszustellen. ■

Konferenz: Petitionen im Thüringer Landtag

Zu einer Fachkonferenz „Petitionen im Thüringer Landtag – Chancen und Risiken einer aktiven Bürgerbeteiligung“ lädt die Fraktion DIE LINKE am Dienstag, den 29. November, 10 bis 15 Uhr, in den Landtag, Raum F 002, ein. Seit Jahren steigt die Anzahl der Petitionen an den Thüringer Landtag. Im Jahr 2015 gab es insgesamt 1.130 Bürgeranliegen und Eingaben. Nach dem Thüringer Petitionsgesetz entscheiden die Abgeordneten des Petitionsausschusses über eine mögliche Veröffentlichung auf der Homepage des Landtages. Jedoch haben sich auf dem freien Markt einige Online-Plattformen, u. a. openPetition.de, etabliert. Welcher Anbieter ist seriös und wo haben die Bürger die Sicherheit, dass ihre Anliegen wirklich von Abgeordneten behandelt werden? An praktischen Beispielen sollen die Möglichkeiten und Defizite von Onlineplattformen gezeigt werden. Und es geht auch um die Frage, ob der Petitionsausschuss, der mit sensiblen persönlichen Daten arbeitet, für die Öffentlichkeit geöffnet werden kann. Diskutiert wird mit Datenschützern, Vertretern anderer Landtage sowie einer privaten Onlineplattform. ■

Nitratbelastung im Wasser endlich senken

Novellierung der Düngeverordnung und flächendeckende Abwasserreinigung

Es müsse endlich eine zielführende Strategie zur Verbesserung der Wasserqualität her, forderte Dr. Johanna Scheringer-Wright, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Dazu gehören zuallererst eine strikte Düngeverordnung für die Landwirtschaft, aber auch eine flächendeckende Abwasserreinigung in allen Landesteilen und eine Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs.“

Die Probleme mit Nitrat im Grundwasser sind in Deutschland seit Jahrzehnten bekannt. Die Gesundheitsschäden durch Nitrat sind vielfältig, der unmittelbarste ist die Umwandlung im Körper zu Nitrit, was die Sauerstoffaufnahme massiv behindert. Insbesondere für Säuglinge ist das lebensgefährlich. Seit 1991 gibt es daher in der europäischen Union einen Nitrat-Grenzwert für Trinkwasser von 50 mg pro Liter Wasser, der unbedingt einzuhalten ist, und Richtwerte, die als Vorsorgewerte anzustreben sind. Jedoch

wird selbst der Grenzwert im Grundwasser in Deutschland vielerorts überschritten – gerade in Mittel- und Norddeutschland.

In Thüringen sind insbesondere die Landkreise Eichsfeld, Nordhausen, der nordwestliche Teil des Kyffhäuserkreises, der Saale-Holzland-Kreis und Altenburg betroffen. Hier wurden in 20 bis 40 Prozent der durch den Verein VSR-Gewässerschutz überprüften Privatbrunnen mehr als 50 mg Nitrat pro Liter Wasser gemessen.

2012 hatte die Europäische Kommission Deutschland aufgefordert, endlich eine zielführende Nitratstrategie auf den Weg zu bringen, um die Grenzwertüberschreitungen im Grundwasser und in den Oberflächengewässern zu reduzieren. Sonst drohten Vertragsverletzungsverfahren und Klage.

Seitdem dümpelt auf Bundesebene die Novelle der deutschen Düngeverordnung vor sich hin, beschlossen wurde bislang noch nichts. „Jetzt ist die Klage beim Europäischen Gerichtshof angenommen und die Bundesregie-

rung guckt dumm aus der Wäsche“, so die Landtagsabgeordnete. „Das Falscheste, was die Bundesregierung jetzt aber machen kann, ist, darauf zu hoffen, mit einer Verzögerung des Verfahrens und der Aushandlung von bezahlbaren Strafen das Problem lösen zu wollen“, warnt die Agrarpolitikerin.

Die Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und der Wasserschutz müssen Priorität haben. Zwei Drittel der Nitratbelastung werden durch die Landwirtschaft verursacht. In manchen ländlichen Regionen der Republik spielt auch eine noch ungenügende Abwasserreinigung bei den Kommunen eine Rolle und auch der Kraftfahrzeugverkehr trägt mit mindestens fünf Prozent zum Problem bei.

Die Bundesregierung müsse also endlich die Novellierung der Düngeverordnung abschließen und auch auf Landesebene müssten Maßnahmen umgesetzt werden, um die Nitratbelastung des Wassers zu senken, so die Abgeordnete. ■

Theaterprojekt „Jobact“ machte Jugendliche selbstsicherer

Eine Gruppe arbeitsloser Jugendliche aus Suhl wurden kürzlich von Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, und Katja Mitteldorf, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, zu einem Gespräch und einer anschließenden Führung durch den Thüringer Landtag begrüßt.

Die Jugendlichen waren Teilnehmer des „Jobact“-Projektes, einem über mehrere Monate dauernden Theaterprojektes, bei dem sie sich mit dem eigenen Körperbewusstsein, Ausdruck von Emotionen und Gedanken sowie Konfliktlösungsstrategien beschäftigten. Dabei waren sie nicht nur Darsteller auf der Bühne, sondern wirkten auch hinter den Kulissen mit, beispielsweise bei der technischen Umsetzung oder der Gestaltung des Bühnenbildes. Schwerpunkt der Arbeit war es, den Jugendlichen einen Raum zu bieten, sich auf künstlerischer Ebene zu erleben, und die Persönlichkeitsentwicklung der Heranwachsenden zu fördern.

Unter der Regie und künstlerischen Leitung von Olek Konrad Witt und der Bewerbungsmanagerin Sarah Ortlepp entstand das Theaterstück „Die Zwillinge“ von Friedrich Maximilian Klingner. Nach der sechsmonatigen praktischen Phase folgten ein Bewerbungsmanagement und ein Transfer hin zum Arbeitsmarkt. Im Gespräch mit Ina Leukefeld und Katja Mitteldorf konnten die Eindrücke und Erfahrungen aller noch einmal gesammelt werden. Es wurde hinsichtlich der Frage diskutiert, ob sich ein solches künstlerisches Angebot



lohnt, um junge Menschen systematisch an Ausbildung und Arbeitsleben heranzuführen und die Persönlichkeit so weiterzuentwickeln, dass sie künftig besser mit den Herausforderungen des Lebens zurecht kommen können.

Hierbei wurde deutlich, dass die Jugendlichen positiv auf die vergangenen Monate zurückblicken. Sie gaben an, dass neben dem Spaß an der Sache auch ihre persönlichen Kompetenzen gestärkt wurden und sie an Selbstbewusstsein gewannen, um vor allem bei künftigen Bewerbungsgesprächen mit mehr Souveränität auftreten zu können. Zu erwähnen gilt auch, dass sie die Herausforderung, sich künstlerisch zu betätigen, durchaus annahmen. Für die meisten von ihnen seien jedoch andere, weniger künstlerisch-kreative Berufe und Richtungen interessant. Olek Konrad Witt betonte am Ende des Ge-

sprächs noch einmal, dass dieses Projekt den Heranwachsenden eine gute Möglichkeit bot, zu lernen, Dinge auch dann zu Ende zu führen, wenn sie einer Sache grundsätzlich skeptisch oder kritisch gegenüberstehen. Ein solches Projekt dient durchaus der Konfliktbewältigung und bietet insgesamt eine gute Möglichkeit, soziale Kompetenzen, wie Kommunikationsfähigkeit und Teamfähigkeit, zu verbessern.

Ina Leukefeld wünscht allen Jugendlichen für ihren künftigen Lebensweg viel Erfolg und alles Gute und sie erinnert in diesem Zusammenhang an den attischen Staatsmann Perikles, der gesagt hatte: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf sie gut vorbereitet zu sein.“

DAS THEMA

Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Einen Schwerpunkt ihrer Rede zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thüringen-Monitor 2016 am 11. November im Landtag hatte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, auf die „Sozialgarantie gegen soziale Ungleichheit und spalten der Gesellschaft“ gelegt. Dazu sagte sie:

„Die Befragten des Thüringen-Monitors machten deutlich, dass soziale Gerechtigkeit das wichtigste Themenfeld ist, bei dem sie Antworten und den Dialog mit der Politik vermissen. Es gibt eine deutliche erlebte Verteilungs- und Ungerechtigkeit quer durch die Gesellschaft. Die finanzielle Situation wird von vielen Menschen heute als schlechter beschrieben, als im vergangenen Jahr. Und auch 26 Jahre nach der Vereinigung beschreiben viele Menschen weiterhin persönliche Benachteiligung durch ihre ostdeutsche Herkunft.“

Die Ergebnisse zu den Fragen von realer und wahrgenommener Ungleichheit machen klar, dass wir dringend und vorrangig über eine massive ge-

Susanne Hennig-Wellsow zur Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor

sellschaftliche Krise der sozialen Gerechtigkeit sprechen müssen. Der höchste Wert von Unzufriedenheit in Sachen Demokratie ist hier die Frage nach Ungleichheit. Also geht es den Menschen um mehr soziale Gerechtigkeit und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Die Ergebnisse im Monitor zu diesen Fragen stimmen mit zahlreichen anderen Befragungen überein: Die Menschen sehen die Bundesrepublik in hohem Maße als eine sozial ungerechte und ungleiche Gesellschaft an und sie befürworten mehr soziale Gerechtigkeit und einen aktiven Staat, der für Ausgleich sorgt. In Politik übersetzt bedeutet das mehr Ausgaben im Bereich des Sozialen, für Bildung und Lehrer, für Polizei und für bessere öffentliche Infrastruktur. Die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung hat darauf bereits geantwortet. Zum Beispiel mit mehr Lehrern, mehr Geld für die Kommunen, die jüngste Erhöhung des Blindengel-

des oder mehr Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Dass aber hier weitere Anstrengungen nötig sind, ist klar. Weitere Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Beteiligung stehen auf der Tagesordnung der Regierung.

Vor allem vom rechten Rand wird alles unternommen, um diese soziale Ungleichheit und das Auseinanderklaffen der sozialen Schere in der Bundesrepublik für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren und die Schuld an allen möglichen Missständen Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben. Das ist pure Demagogie. Das ist einfach falsch und durch Fakten nicht zu belegen. Bodo Ramelow hat in seiner Rede darauf hingewiesen – ich kann es hier nur wiederholen. Die Ergebnisse des Monitors machen aber deutlich klar, dass es in der Gesellschaft massive soziale Bedrohungs- und Abstiegsängste gibt, die sich in der Ablehnung gegen Flüchtlinge gegen die völlig falschen Adressaten richten.

Ich denke, man muss klar und deutlich sagen: Durch Hetze gegen Flüchtlinge wird es keine Angleichung der Renten Ost/West geben, durch die Aufmärsche von Pegida & Co. wird keine Angleichung von Löhnen zwischen Frauen und Männern oder zwischen Ost/West erreicht werden und eine Stimme für eine Partei der extremen Rechten ist keine Stimme für mehr Gerechtigkeit, sondern es ist eine Stimme für Ausgrenzung und eine Stimme gegen die Interessen von Angestellten, Erwerbslosen und Rentnern.

Für uns als LINKE, aber auch für Rot-Rot-Grün, ist klar, dass soziale und politische Rechte Hand in Hand gehen müssen. Es wäre falsch, Freiheit oder Gleichheit als Widerspruch zu denken. Und es ist falsch, beides gegeneinander auszuspielen.

Ein Link auf der Internetseite der Fraktion führt zum Video der Rede der Fraktionsvorsitzenden

In Teilen „Aufklärungsverbrechen“

„Fünf Jahre NSU-Aufklärung in Thüringen – ist das staatliche Aufklärungsversprechen eingelöst?“, dazu debattierte der Landtag am 9. November. Für die Linksfraktion hatte Katharina König, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss, gesprochen und betont: „Wir haben definitiv nicht das erreicht, was damals zugesagt wurde. Wir haben es in Thüringen versucht, aber auch hier geraten wir kontinuierlich an Grenzen der Aufklärung.“

Dies habe auch mit dem von der Großen Koalition verabschiedeten Bundesverfassungsschutzgesetz zu tun, das „uns daran hindert, die Akten so, wie sie uns im letzten NSU-Untersuchungsausschuss noch vorlagen, weiterhin in die Arbeit der Aufklärung einzubeziehen“. Die Abgeordnete bezeichnete es als fatales Zeichen, das aufgrund des Bundestagsbeschlusses „uns Akten nicht zur Verfügung gestellt werden“.

Fünf Jahre danach sei „aus dem staatlichen Aufklärungsversprechen zumindest in Teilen ein staatliches Aufklärungsverbrechen geworden“. Scharf kritisierte Katharina König die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Köln, keine Ermittlungen gegen den Ex-Verfassungsschutz „Lothar Lingen“ einzuleiten. „Verantwortungsträger, die aktiv und bewusst Akten schrederten, die zur Aufklärung des NSU-Komplexes hätten beitragen können, haben einen Freifahrtschein der Staatsanwaltschaft erhalten, weiterhin vertuschen zu können.“ Wenn selbst in so einem offenkundigen Fall der Vereitelung von Aufklärung keine Konsequenzen erfolgten, sei jeder Glaube an einen Aufklärungswillen und einen

Lernprozess des Behördenapparates erloschen. Insbesondere sei die Entscheidung aber ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und Opferangehörigen, denen doch lückenlose und transparente Aufklärung zugesagt worden sei. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im Februar 2012 erklärt: „Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.“

Fast fünf Jahre später sei jedoch zu konstatieren, dass in den Amtsstuben schon längst wieder der alte Geist des Abwiegeln, sich gegenseitig Deckens und Vertuschens eingezeichnet ist, wenn er sie denn je verlassen habe. „Dass Neonazis ohne Konsequenzen im NSU-Prozess offensichtlich und nachweisbar lügen, Verfassungsschutz Akten schreddern und dafür keine rechtliche Verfolgung befürchten müssen, bedeutet in der Konsequenz, dass die den Opferangehörigen und Betroffenen gegebenen Versprechen nicht nur gebrochen wurden, sondern nichts anderes als ein Lippenbekenntnis waren“, zog die Abgeordnete ein bitteres Resümee.

Im Landtag hatte Katharina König auch auf den Zeitdruck hingewiesen und die rot-rot-grüne Forderung nach Erhöhung der Dichte der NSU-Ausschusssitzungen betont. Einmal monatlich reiche nicht, gemeinsam mit der CDU sollte dies verändert werden – um die neuen Komplexe aufarbeiten zu können, um entsprechende Zeugen laden zu können und um das Versprechen an die Opferangehörigen, das ihnen im Abschlussbericht des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses der letzten Legislatur gegeben wurde, auch erfüllen zu können.



Zu einer Podiumsdiskussion „Fünf Jahre nach der Selbstenntarnung des NSU – über Rassismus, rechten Terror, Geheimdienstaffären und fehlende Aufklärung“ hatte die Linksfraktion am 4. November in das Haus Dacheröden in Erfurt eingeladen und zahlreiche Interessierte waren gekommen.

Auf dem Podium neben Katharina König, für die Fraktion DIE LINKE seit 2012 Mitglied in den NSU-Untersuchungsausschüssen Thüringens und Expertin zum Thema Neonazi-Szene, Dirk Laabs, vielfach ausgezeichnete Journalist und Autor des Standardwerkes zum NSU-Komplex „Heimatschutz“, und Mehmet Daimagüler, Nebenklageanwalt im NSU-Prozess für die Angehörigen der Mordopfer Abdurrahim Özüdoğru und Ismail Yaşar. Die Moderation hatte der MDR-Journalist Axel Hemmerling übernommen. Um einen Überblick zum Thema NSU zu geben, war zuvor die ausgezeichnete Dokumentation

„Der NSU-Komplex“ von Stefan Aust und Dirk Laabs gezeigt worden.

Zur Eröffnung der Veranstaltung hatte die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow angesichts des „erneut auflodernden Hasses vor allem auf Geflüchtete und Muslime und angesichts des hilflosen Agierens der Behörden“ auf die „Gefahr einer Wiederkehr der 90er Jahre“ hingewiesen.

Besonders eindrücklich waren die Worte von Anwalt Mehmet Daimagüler, der mit Blick auf die NSU-Aufklärung sagte, dass die Sicherheitsbehörden „nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind“. Der Münchener NSU-Prozess gehe in den nächsten Monaten zu Ende, „aber wir stehen in vielerlei Hinsicht am Anfang“, so seine Einschätzung, denn „weite Teile des Geschehens liegen immer noch im Dunkeln“. Er kündigte an: „Wir werden weitergehen bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.“

CDU blockiert zeitnahe, bürgerfreundliche Lösung

Gesetz der Landesregierung zu Straßenausbaubeiträgen kam nicht auf die Tagesordnung

Es sei ihm völlig unverständlich, warum die CDU-Fraktion die Aufnahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes auf die Tagesordnung des Landtages am 9. November durch ihr ablehnendes Votum blockiert hat, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel. „Damit verhindert sie eine zeitnahe, noch in diesem Jahr zu beschließende bürgerfreundliche Lösung zur Begrenzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.“

Dabei sei es gerade die CDU, die die jetzige Situation zu verantworten habe. Im Jahr 2011 habe die CDU-geführte Landesregierung eine Verschärfung des Kommunalabgabengesetzes vorgenommen, welche zur Folge hatte, dass Gemeinden rückwirkend bis zum Jahr 1991 Straßenausbaubeiträge erheben müssen.

Es geht nach Berechnungen der Fraktion DIE LINKE um 200 Millionen Euro. Selbst eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, wonach in Bayern eine rückwirkende Erhebung von zwölf Jahren verfassungswidrig ist, hat die CDU komplett ignoriert. Der jetzt von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf beinhaltet Rege-



Auf die Dringlichkeit der Regelung zu den Straßenausbaubeiträgen hatte die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben mit einer Mahnwache, auf der auch Frank Kuschel sprach, im September vor dem Landtag aufmerksam gemacht.

lungen, wonach Gemeinden in Thüringen künftig ein Ermessen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Maßnahmen erhalten, die vor dem 1. Januar 2006 abgeschlossen wurden. Bedingung dafür ist, dass die Gemeinden leistungsfähig sind und nach dem 1. Januar 2006 keine Bedarfszuweisungen erhalten haben.

„Wir brauchen dieses zeitnahe Einräumen des gesetzlichen Ermessens, da in diesem Jahr noch weit über 100 Gemeinden für abgeschlossene Maßnahmen Beiträge erheben müssen“, betonte der LINKE-Kommunalexperte. Diese Gemeinden sollten jetzt von der

Möglichkeit Gebrauch machen, Festsetzungsbescheid und Zahlungsaufforderung in einem separaten Bescheid vorzunehmen. Auf diese Möglichkeit hatte das Ministerium für Inneres und Kommunales in einem Rundschreiben vom 21. Oktober an die Landratsämter und staatlichen Verwaltungsbehörden hingewiesen. „Damit kann sicher gestellt werden, dass die betroffenen Bürger von der nunmehr von der Landesregierung geplanten Regelung profitieren, auch wenn das Gesetz erst Anfang des Jahres 2017 beschlossen wird“, erläuterte Frank Kuschel.

Neue Ausstellung zeigt „Synagogen in Thüringen und Europa“

„Synagogen in Thüringen und Europa“, so der Titel der neuen Ausstellung in der Flurgalerie der Linksfraktion im Thüringer Landtag (4. Etage des Fraktionsgebäudes), die noch bis zum 2. Dezember zu sehen ist.

Zur Eröffnung am 8. November im Beisein des Künstlers Michail Balan (im Foto r.) hatte Dirk Möller, Geschäftsführer der Fraktion, an die Novemberpogrome 1938 erinnert, bei denen die Nazis 2.676 Synagogen und jüdische Gemeindehäuser zerstört hatten. Viele von ihnen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder aufgebaut. In Thüringen gibt es drei Synagogen: Die Neue Synagoge in Erfurt, die Synagoge in Berkach (Landkreis Schmalkalden-Meiningen) und in Mühlhausen. Umso beeindruckender, wie Michail Balan, der sich mehr und mehr auf seine jüdischen Wurzeln besonnen hatte, zahlreiche Synagogen in seinen Bildern wieder auferstehen ließ. Die Ausstellung zeigt eine Auswahl von 33 Synagogen, darunter zahlreiche aus Thüringen, gemalt hauptsächlich nach Postkarten, Fotos oder Zeitungsausschnitten.

Dirk Möller hatte bei der feierlichen Ausstellungseröffnung auf den Lebensweg des 1942 geborenen Künstlers verwiesen. Er hatte ein Kunststudium



um in Kinschinjow, heute Hauptstadt von Moldawien, und ein Fernstudium an der Volksuniversität der Künste in Moskau absolviert. Zudem ist er Absolvent der Kunstuniversität von Tiraspol. 1999 übersiedelte er nach Deutschland und kam im Jahr 2004 nach Erfurt. Hier fand er im russisch-deutschen Kunstverein und eben auch in der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen neu zu seinen Wurzeln.

Wie es ihm über Jahrzehnte hinweg wichtig war, immer wieder die Schönheit der Landschaft seiner Heimat mit künstlerischen Mitteln sichtbar zu machen, führte ihn in Erfurt die Spurensuche zu den Synagogen.

Foto: Peter Lahn

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Hansi, der Schwätzer

Mittlerweile, so heißt es in einem Leserbrief in der TA, „nutzt der Landrat des Weimarer Landes eine Doppelseite des Amtsblattes für seine Polemiken gegen die Landesregierung“.

Kritik am Missbrauch des Amtsblattes durch Hans-Helmut Münchberg gab es genug (darunter eine parlamentarische Anfrage an die vorige Landesregierung). Geändert hat sich nichts. Münchberg, starrsinnig, selbstverliebt und zwanghaft anmutender Propagandist, nimmt den Landkreis mittels flächendeckend verteiltem Amtsblatt in Geiselhaft für seine politischen Ansichten. Was er verbreitet, ist rechtspopulistische Bekehrungsglyrik, oft mit demagogischem Einschlag. Inzwischen drückt er den Menschen drei umfangreiche eigene Beiträge in einer Ausgabe aufs Auge. Das Amtsblatt ist zur „Münchberg-Prawda“ verkommen.

Wieso hat der selbsternannte Musensohn die Zeit dafür? Er hat sie nicht. Während Münchberg jeden Furz, der ihm im Kopf schwirrt, im Amtsblatt auswalzt, bleiben wichtige Aufgaben unerledigt.

Der Ortsteilrat von Lotschen (Blankenhain) informiert über den unzumutbaren Zustand der Kreisstraße 308. Im vergangenen Jahr wurde durch den Kreis während einer Einwohnerversammlung Verbesserung zugesagt, im Haushalt 2016 sind Planungsmittel eingestellt. Jetzt hat die Kreisverwaltung mitgeteilt, die Sanierung sei auf 2020 verschoben. In Bad Berka ist seit Jahren der Ersatzneubau einer Grundschule nötig (Schulträger ist der Kreis). Kommunalabgeordnete bekommen auf einen Brief an Münchberg mit Fragen nach dem Vorbereitungsstand auch nach Monaten keine Antwort.

Münchberg erhält als Landrat Bezüge aus öffentlichen Kassen. Und das, um als Leiter der Kreisverwaltung seine Arbeit zu machen – und nicht als „Hansi, der Amtsblatt-Schwätzer“.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.